

Postulat Fraktion SP/JUSO (Valentina Achermann/Sara Schmid/Alina Irene Murano, SP): Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (2021.SR.000236)

In der Stadtratssitzung vom 10. November 2022 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Bereits vor der Pandemie litt ein grosser Anteil der Kinder und Jugendlichen unter erheblichen psychischen Belastungen. Gemäss der Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Bern verdoppelte sich in den letzten 15 Jahren die Zahl hilfeschender Kinder und Jugendlicher. Durch die Coronakrise wurde die bereits bestehende Unterversorgung bei den psychiatrischen Diensten noch verschärft. Denn für Kinder und Jugendliche sind die indirekten Folgen der Coronakrise wie fehlende Perspektiven, Schulschliessungen, Zunahme sozialer Ungleichheiten etc. besonders belastend. So entwickelte ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz im ersten Lockdown psychische Probleme; Beratungen zum Thema Suizidgedanken haben rund 40% zugenommen (Pro Juventute Corona-Report, 2021). Die Kinder- und Jugendpsychiatrie UPD Bern verzeichnete während der zweiten Welle im Herbst 2020 sowohl bei den ambulanten als auch stationären Behandlungen von Kindern und Jugendlichen eine Zunahme von mehr als 50% im Vergleich zu 2019 – also vor der Pandemie. Der Anstieg hat auch zur Folge, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrien voll ausgelastet oder sogar überlastet sind.

Gleichzeitig wurde weltweit wenig in ihre psychische Gesundheit investiert (UNICEF-Bericht, 2021), obwohl durch eine frühe Erkennung und Behandlung ungünstige Krankheitsverläufe verringert werden können. Es ist deshalb zentral, dass entsprechende Unterstützungsangebote vorhanden sind. Ansonsten wird durch die Pandemie nicht nur das Leben einer ganzen Generation beeinträchtigt, sondern sie wird auch über Jahrzehnte hohe soziale Kosten verursachen (Pro Juventute Corona-Report). In der Schweiz beliefen sich bereits im Jahr 2010 die Kosten psychischer Erkrankungen auf geschätzte 11 Milliarden Franken (Obsan Bericht 72 2016:59).

Auch in der Stadt Bern nahmen bereits vor der Covid-19-Pandemie gesundheitsgefährdende Verhaltensweisen bei Kindern und Jugendlichen zu. Die Pandemie hat diese Problematiken weiter verstärkt: So ist dem Jahresbericht 2020 der Stadt Bern zu entnehmen, dass aufgrund der verschiedenen Massnahmen zur Pandemiebekämpfung die «Aufrechterhaltung der sozialen und psychischen Gesundheit» von Kindern und Jugendlichen «anspruchsvoll» sei (S. 369). Zudem wird prognostiziert, dass die Unterstützungsangebote «über die Pandemie hinaus einen grossen Zulauf haben werden, da mit längerfristigen Schereneffekten und einer Beeinträchtigung der Chancengerechtigkeit für eine gesunde und soziale Entwicklung zu rechnen» sei (S. 369). Auch der Gemeinderat hielt im Oktober 2020 fest, dass auf die zugenommenen schulischen, gesundheitlichen und sozialen Schereneffekte auch künftig noch mit Massnahmen entgegengewirkt werden müsse (vgl. Interpellation SP/JUSO-Fraktion 2020.SR.000197).

Der Gemeinderat wird daher gebeten, zu prüfen:

1. Welche Massnahmen die Stadt Bern ergreifen kann, um ihren Handlungsspielraum zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auszuschöpfen.
2. Was die Voraussetzungen sind, um wiederkehrende Programme zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen an den Berner Schulen obligatorisch durchzuführen, damit sichergestellt wird, dass alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden.
3. Wie sich die Auswirkungen der Coronakrise auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Bern, welche der Gemeinderat bereits in der Antwort auf die oben genannte Interpellation (2020.SR.000197) im Oktober 2020 beschrieb, entwickelt haben.

Bern, 16. Dezember 2021

Erstunterzeichnende: Valentina Achermann, Sara Schmid, Alina Irene Murano

Mitunterzeichnende: Diego Bigger, Mohamed Abdirahim, Nicole Bieri, Ayse Turgul, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Lena Allenspach, Katharina Altas, Michael Sutter, Nora Krummen, Bernadette Häfliger, Edith Siegenthaler, Barbara Keller, Timur Akçasayar, Barbara Nyffeler

Bericht des Gemeinderats

Dem Gemeinderat ist eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, inkl. psychische Gesundheit, ein wichtiges Anliegen. Er stimmt den im Postulat genannten Beobachtungen zur Problematik der psychischen Gesundheit bei jungen Menschen zu und anerkennt, dass Massnahmen ergriffen werden müssen, um den wachsenden Belastungen entgegenzuwirken. Deshalb unterstützt er, dass bestehende Lücken im Bereich der Angebote geschlossen werden. Im Aufgaben- und Finanzplan AFP 2024 – 2027 hat der Gemeinderat für ein beschränktes Massnahmenpaket Mittel eingestellt, um die wichtigsten Angebote zur Förderung der psychischen Gesundheit zu sichern, ohne aber gleichzeitig die städtischen Finanzen allzu stark zu belasten. Eine Studie zeigt, dass sich die Investitionen in die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auch finanziell lohnen¹.

Zu Punkt 1:

Die WHO betont in ihrem World Mental Health Report 2022² die entscheidende Rolle von Kindheit und Adoleszenz für eine gesunde psychische Entwicklung sowie gute spätere Bildungs- und Gesundheitschancen. Der Gemeinderat misst der Sicherung und Stärkung der bestehenden, bewährten und wirksamen Angebote und Strukturen für die Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen die höchste Priorität bei. Es handelt sich um langjährig aufgebaute, wirksame und verlässliche Angebote mit entsprechender Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Eine konstante Versorgung soll durch die bedarfsgerechte Anpassung der Ressourcen an das Kinder- und Schüler*innenwachstum ermöglicht werden. Die aktuellen Entwicklungen zeigen jedoch, dass die Belastungen und psychischen Beeinträchtigungen bei Kindern und Jugendlichen weiter zunehmen. Es bestehen Lücken und die bestehenden Angebote reichen nicht aus. Der Gemeinderat sieht einen Bedarf für weitergehende Massnahmen.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) sind bedeutende gesellschaftliche und bildungspolitische Aufgaben. Günstige Rahmenbedingungen und unterstützende Umgebungen sind entscheidend für eine gute psychische Gesundheit. Im Frühbereich steht die Unterstützung der Familien und Erziehungsberechtigten im Vordergrund, um Kindern eine gute Erziehung und Entwicklung zu ermöglichen und negative Kindheitserfahrungen zu vermeiden. Dabei ist die Entlastung und Stärkung von Familien, etwa durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dank Kitas und Spielgruppen von besonderer Bedeutung. Koordinierte, leicht zugängliche Elternbildungsangebote zu Erziehungs-, Gesundheits- und Lebenskompetenzen wie das Hausbesuchsprogramm schrittweise oder das Mütter-Zentrum Bern West stärken Eltern und damit auch ihre Kinder. Die Förderung der deutschen Sprache sowohl bei den Eltern (Eltern lernen Deutsch, Muki-Deutsch) als auch bei Kindern (Deutsch vor dem Kindergarten) unterstützt die Integration und Teilhabe am öffentlichen Leben.

Im Frühbereich fehlt in der Stadt Bern aber eine Systematik zur Erfassung von Familien und Kindern mit Unterstützungsbedarf und insbesondere ein systematischer Zugang zu ihnen. Dem ungünstigen Start ins Leben folgt so oft ein ungünstiger Start ins formale Bildungssystem. Das Konzept «frühe

¹ Brunier A. (2016). Investing in treatment for depression and anxiety leads to fourfold return. [Link](#).

² <https://www.who.int/publications/i/item/9789240049338>

Hilfen» aus Österreich mit einem interprofessionellen Netzwerk im Frühbereich ist ein wichtiger Ansatz, um belastete Familien früher zu erreichen sowie in eine niederschwellige, lebensweltorientierte Begleitung zu vermitteln³. Im Frühbereich ist die Früherfassung und die Unterstützung von vulnerablen Familien besonders wichtig. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport erarbeitet im Moment ein Konzept für die Stadt Bern, um für besonders vulnerable Familien einen (noch) besseren Zugang zu den verschiedenen Angeboten sicherzustellen.

Die Schule, inklusive Tagesbetreuung und Ganztageschule, hat als sozialer Raum ein enormes Potential zur Förderung – aber auch zur Beeinträchtigung – der psychischen Gesundheit. Strukturelle Voraussetzungen für Gesundheit wie Wertschätzung, gutes Schulklima, Verständlichkeit, Bewältigbarkeit, stabile Gruppen und Sicherheit sind gegeben, müssen jedoch aktiv gepflegt sowie die Lebenskompetenzen gestärkt werden. Schulen bereiten sowohl Kinder wie auch Jugendliche durch pädagogisches Engagement und altersangepasste Betreuung und Unterstützung auf das Leben vor, was angesichts wachsender Anforderungen immer anspruchsvoller wird. Daher ist es wichtig, die Schulen gesamthaft als gesellschaftlich tragendes System zu unterstützen, damit sie ihre verschiedenen Aufgaben erfüllen kann. Die Schule ist auch ein Ort, um umfassend und frühzeitig Risiken zu erkennen, da alle Kinder aufgrund der Schulpflicht erreicht werden. Neben der schulischen Expertise bieten schulnahe Dienste und Fachstellen ein breites Angebot zur Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung an. Dies sind städtische Angebote wie die Fachstelle für schulische Gesundheitsförderung und Prävention, die Schulsozialarbeit, der schulärztlicher Dienst und die kantonalen Angebote wie Erziehungsberatung und Berufsberatung. Damit die Angebote auch in Zukunft allen Kindern und Jugendlichen in der Stadt Bern zugutekommen, müssen sie an die wachsende Schüler*innenzahl angepasst werden.

Psychische Belastungen und Störungen bei Kindern und Jugendlichen werden häufig nicht rechtzeitig erkannt (u.a. durch fehlendes Wissen der Betroffenen und ihres Umfelds, Tabuisierung, Angst vor Stigmatisierung) und es ist besonders für Jugendliche in einer Krise oft schwierig, ihre Probleme aus eigener Kraft zu überwinden. Sie sind deshalb darauf angewiesen, dass ihr soziales Umfeld entsprechende Symptome wahrnimmt und darauf reagiert. Es ist entscheidend, den Früherkennungsprozess zu stärken und Ansprechpersonen sowie Jugendliche über Anzeichen von psychischen Problemen und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Hierfür hat der Gemeinderat im AFP für 2024 finanzielle Mittel eingestellt.

Damit es gar nicht erst zu psychischen Beeinträchtigungen von Schülerinnen und Schülern kommt, müssen gesundheitsfördernde Massnahmen und ein positives Schulklima in Schulen und Tagesbetreuung gefördert werden. Zudem sollen die Gesundheits- und Lebenskompetenzen der Schüler*innen gestärkt werden, damit sie schwierige Situationen und Übergänge gut bewältigen können. Eine Investition in die Gesundheitsförderung und Prävention entlastet zudem die akute Versorgungskrise in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und entspricht dem Appell von Fachorganisationen und Verbänden⁴. Dazu soll ab 2024 bis 2026 das bestehende Gesundheitsförderungsangebot «Digitales Gleichgewicht⁵» des Gesundheitsdiensts mit einem Fokus auf den beiden Übergängen in die Oberstufe sowie in die nachobligatorische Ausbildung auf alle 6. und 9. Klassen ausgeweitet werden. Damit kann das aus Ressourcengründen bisher nur punktuell zum Einsatz kommende erfolgreiche Angebot vom Kindergarten bis zur 9. Klasse zumindest in der 6. und 9. Klasse stadtweit allen Schu-

³ Hafen, Martin und Meier Magistretti, Claudia (2021). Familienzentrierte Vernetzung in der Schweiz. Eine Vorstudie vor dem Hintergrund der «Frühe Hilfen»-Strategie in Österreich. Management Summary. Luzern. interact Verlag.

⁴ Medienmitteilung 7.3.23 https://beges.ch/wp-content/uploads/2023/03/D_Medieninfo_Versorgungskrise-1.pdf

⁵ [Link zum Angebot](#) «Digitales Gleichgewicht» der Fachstelle für schulische Gesundheitsförderung und Prävention des Gesundheitsdienstes.

len angeboten werden. Auch diese Massnahmen sind im AFP ab 2024 eingestellt. Falls die finanzielle Lage es zu einem späteren Zeitpunkt zulässt, soll das bestehende Gesundheitsförderungsangebot auch in den unteren Klassen gesamtstädtisch eingeführt werden.

Nirgendwo in Europa wird so viel gemobbt wie an Schweizer Schulen. Jedes zehnte Kind wird im Lauf der Schulzeit ein Opfer von Mobbing. Damit verbunden ist viel Leid, das sogar zum Suizid führen kann. Das Kinderparlament hat das Thema in seinem 19. KiPa-Postulat aufgegriffen und Massnahmen zur Bekämpfung von Mobbing gefordert. Das Thema fand auch Eingang in den UNICEF Aktionsplan der Stadt Bern. Die Schulen engagieren sich bereits stark, jedoch müssen die Massnahmen noch besser systematisiert, verankert und auch auf die Tages- und Ferienbetreuung ausgeweitet werden. Ein Pilotprojekt der Schulsozialarbeit zur Mobbingprävention an Schulen inkl. Cybermobbing wurde Anfang 2023 gestartet. Nach erfolgreicher Evaluation soll es schrittweise in allen Schulen der Stadt Bern umgesetzt werden.

Nicht für alle Kinder und Jugendliche ist die Schule ein Ort, der vor allem mit positiven Gefühlen verknüpft wird. Umso wichtiger ist es, auch im **Freizeitbereich** Angebote zur Stärkung der psychischen Gesundheit zur Verfügung zu stellen. In der Freizeit bietet die offene Kinder- und Jugendarbeit mit ihren Angeboten eine alternative, wichtige und niederschwellige Option. Die Stärkung der Ressourcen von Kindern und Jugendlichen wie auch niederschwellige Beratung sind eine ihrer Kernaufgaben. Viele Jugendliche gelangen auch über die aufsuchende Jugendarbeit an weiterführende Angebote des Trägervereins offene Jugendarbeit toj, welche zur Stärkung der psychischen Gesundheit beitragen (z.B Infothek, Chillen statt stressen, Begegnungsraum, Juristische Beratung). Der Trägerverein hat im vergangenen Jahr eine starke Zunahme an Beratungsbedarf bei Jugendlichen festgestellt, der mit den vorhandenen Ressourcen nicht abgedeckt werden kann. Je nach Thema ist eine Triage angezeigt. Mit einem niederschweligen Beratungsangebot durch eine Fachperson vor Ort könnte eine spezifische Unterstützung für die Jugendlichen geschaffen werden. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport wird prüfen, wie diese Unterstützung konzeptionell ausgestaltet werden könnte.

In **kritischen Übergangsphasen**, wie dem Eintritt in die Schule, Übergängen in der Schullaufbahn und dem Übergang in die nachobligatorische Bildung, stehen Kinder und Jugendliche vor besonderen Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf ihre psychische Gesundheit und die Entwicklung ihrer persönlichen Identität. Die Bildungslandschaft futurina in Bern West trägt dazu bei, den Übergang in die Schule zu verbessern. In der Bildungslandschaft Wankdorf liegt der Fokus auf der Berufswahl und dem Übergang in die nachobligatorische Bildung. Die beiden Bildungslandschaften sind quartierbezogen, könnten aber mit zusätzlichen Mitteln auf weitere Quartiere übertragen werden.

Zu Punkt 2:

Grundsätzlich ist der Ansatz richtig, präventive Programme und Massnahmen in den Schulen anzusiedeln, dort, wo alle Kinder und Jugendliche erreicht werden können. Angesichts der beschränkten städtischen Finanzmittel will der Gemeinderat, wie oben ausgeführt, mit hoher Priorität bewährte und bestehende Angebote stärken resp. wo nötig und möglich ausweiten.

Bei der Gesundheitsförderung und Prävention im Setting Schule und Betreuung handelt es sich wie im Frühbereich um ein sehr heterogenes Aktionsfeld, das sich durch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen, Angebote, Trägerschaften und Konzepte auszeichnet. Die Angebote sind in der Regel freiwillig und die Schulleitungen entscheiden, welche Angebote an ihrer Schule umgesetzt werden. Schulen im Kanton Bern sind teilautonom geleitet. Die Schulleitungen sind damit frei in der Wahl der Angebote und können diesbezüglich nicht verpflichtet werden. Entsprechend sind die Angebote so zu gestalten und in das bestehende System einzufügen, dass sie überzeugen und akzeptiert werden. Dazu gehört, dass die Angebote unkompliziert, lebensweltorientiert und wirksam sind. Unter dem

Aspekt der hohen Belastung von Schulen sollen die Angebote künftig noch besser gebündelt und koordiniert werden mit entsprechenden Empfehlungen zuhanden der Schulleitungen.

Folgende Angebote in der Gesundheitsförderung und Prävention werden bereits flächendeckend umgesetzt:

- Das Netzwerk der Gesundheitsfördernden Schulen der Stadt Bern mit über 50 Lehrpersonen, die sich als Koordinatoren und Koordinatorinnen für die Gesundheit an ihren Schulen einsetzen.
- Elternräte und Schüler*innenräte stärken durch eine partizipative Zusammenarbeit mit der Schule das Schulklima und wirken sich positiv auf die Lernbeziehungen aus. Das Potential der Schüler*innenräte muss – insbesondere auch im Hinblick auf den «Peer-to-Peer-Ansatz» – ausgebaut und gestärkt werden.
- «Mein Körper gehört mir», eine interaktive Ausstellung von Kinderschutz Schweiz zur Prävention von sexueller Gewalt gegen Kinder für alle Kinder der 2. Klasse.

Ab 2024 sollen, wie unter Punkt 1 erwähnt, die bestehenden Angebote aus dem Programm «Digitales Gleichgewicht» neu für alle 6. und 9. Klassen in der Stadt Bern angeboten werden.

Zu Punkt 3:

Zahlreiche Studien und Einschätzungen von Fachpersonen kommen zum Schluss, dass sich die kritische Situation der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, auch nach der Corona-Pandemie, nicht entschärft und zum Teil gar akzentuiert hat. Dies konnte auch in der zweiten Welle der CORABE Studie 2022 für die Gemeinde Bern aufgezeigt werden (Auswirkungen der Corona-Krise für Jugendliche und junge Erwachsene im Kanton Bern)⁶. Demnach liegt die Rate der behandlungsbedürftigen und klinisch relevanten psychischen Probleme (mit Ausnahme von aggressiven Problemen) zwei- bis fünfmal höher als es gemäss dem langjährigen Durchschnitt in der Gesamtbevölkerung zu erwarten ist.

Die im Herbst 2022 durchgeführte Omnibuserhebung «Psychische Gesundheit» des schweizerischen Gesundheitsobservatoriums⁷ kommt zum Schluss, dass die junge Bevölkerung weiterhin stärker psychisch belastet ist als vor der Covid-19 Pandemie. Im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung in der Schweiz schneiden die 15- bis 24-Jährigen bei Indikatoren der positiven psychischen Gesundheit wie auch bei fast allen erhobenen Krankheitssymptomen schlechter ab. Die detaillierten Ergebnisse können unter untenstehenden Links eingesehen werden.

Im Moment hat die Stadt Bern keine finanziellen Ressourcen, um mit einem niederschweligen Angebot Kinder und Jugendliche mit einer psychischen Belastung individuell und altersgerecht zu beraten und an entsprechende Stellen zu vermitteln. Angesichts der grossen psychischen Belastung zunehmend vieler Kinder und Jugendlicher und der ungenügenden Angebote für die Betroffenen auf kantonaler Ebene ist die Situation unbefriedigend und die Lücken in diesem Bereich bleiben weiterhin bestehen.

⁶ Schmidt, Stefanie; Verband offene Kinder- und Jugendarbeit Kanton Bern (voja), (2022). CORABE-Studie, Psychische Gesundheit, Wohlbefinden und Bedürfnisse junger Menschen im Rahmen der COVID-19 Pandemie. [Link](#).

⁷ Claudio Peter; Alexandre Tuch; Daniela Schuler, (2022). Psychische Gesundheit – Erhebung Herbst 2022. Wie geht es der Bevölkerung in der Schweiz? Sucht sie sich bei psychischen Problemen Hilfe? Obsan Bericht 03/2023. [Link](#).

Folgen für das Personal und die Finanzen

Zu Punkt 1:

Die Massnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen führen zu einem Anstieg der Personalressourcen im Umfang von 40% im Jahr 2024, zusätzlichen 65 % im Jahr 2025 sowie weiteren 25 % ab dem Jahr 2026. Die zusätzlichen Kosten belaufen sich auf Fr. 70 000.00 für 2024, zusätzlichen Fr. 80 000.00 für 2025 sowie weiteren Fr. 30 000.00 ab 2026. Personalressourcen und Budget sind im AFP 2024 – 2027 eingestellt.

Zu Punkt 2:

Die erwähnten Massnahmen und die Folgen für das Personal und die Finanzen sind in der Aufstellung unter Punkt 1 enthalten. Falls weitere Angebote gesamtstädtisch eingeführt werden sollen, würde dies zu zusätzlichen Kosten führen.

Zu Punkt 3:

Da im Moment keine Massnahmen in diesem Bereich geplant sind, ergeben sich keine Folgekosten.

Bern, 18. Oktober 2023

Der Gemeinderat